

Haushaltsrede 2019 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderat Timo Martin am 28.01.2019

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
liebes Ratskollegium,**

das Jahr 2018 zählte meteorologisch gesehen zu einem absoluten Ausnahmejahr. Noch nie gab es in einem Kalenderjahr so viele Sonnenstunden, dazu wurde seit Wetteraufzeichnung die höchste Durchschnittstemperatur verzeichnet. In der Folge gab es eine, zumindest in Deutschland nie gekannte Dürreperiode, deren Ausmaß mitunter erst Jahre später festzustellen ist. Beispielsweise die forstwirtschaftlichen Auswirkungen unseres Gemeindewaldes.

Eine sinnbildliche Dürreperiode dürfte auch unseren kommunalen Haushalt weiter erfassen, wenn man Einnahmen, Ausgaben, Verbindlichkeiten, aber vor allem die mittelfristige Finanzplanung bis ins Jahr 2022 näher betrachtet.

Dabei erlebten wir gewisse Parallelen der 2018er Wetterkurven zur hiesigen Kommunalpolitik. Zunächst hatte unser Bürgermeister mächtig Wasser unterm Kiel, als er, auch mangels qualifizierter Mitbewerber, ungefährdet einen historisch hohen Wahlsieg einfuhr. War es die Bestätigung für die überwältigende Arbeit, oder hatte sich das Dorf auch mangels ernsthafter Alternativen nur eindeutig gegen einen Rechtsradikalen gewandt? Die Ergebnisbewertung zielt immer aus dem Blickwinkel des Betrachters. Genauso unterschiedlich fällt die Einschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Weingarten aus, die selbst WBB-intern sehr unterschiedlich interpretiert wird.

Unmittelbar nach der Bürgermeisterwahl kam die monatelange Trockenheit, das Wasser unterm Kiel sank auf historisch niedrige Pegel, und wie sagt ein skandinavisches Sprichwort so treffend:

„Wenn der Wasserspiegel fällt,
sieht man erst, wer ohne Badehose schwimmt“

Im Vergleich zu früheren Bürgermeisterwahlkämpfen waren die Themen 2018 überschaubar und wenig emotional besetzt. Dass sich jedoch viele Bürger ernsthafte Gedanken um unsere kommunalen Finanzen machen, das zeigte der Wahlkampf überdeutlich, und hier insbesondere die teils hartnäckigen Nachfragen im Rahmen der Bewerbungsvorstellung. Das pauschale Rezept eines Kandidaten: *„do muss ma‘ halt mol richddig middenanna schwätze“* überzeugte erwartungsgemäß nur wenige Wähler.

Es ist zumindest bezeichnend, dass die wahren Hämmer der Kommunalfinanzen erst unmittelbar nach der Wahl dem Gremium, bzw. dem Wahlvolk verkündet wurden. Keine mittelfristige, eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Finanzplanung, und kein Wort im Wahlkampf deuteten auch nur ansatzweise auf eine weitere, wahrscheinlich zweistellige Millionenverschuldung hin, sofern man keine Haushaltskosmetik mittels Investorenmodell oder sogenannten PPP-Modellen (*privat-public-partnership*) avisiert, die seitens der WBB-Fraktion zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund negativer Erfahrungen der Vergangenheit abgelehnt werden.

Schulhausneubau & neuer Kindergarten

Der „plötzliche“ Bedarf eines 5-gruppigen Kindergartens und eines zusätzlichen Schulhaus-Neubaus, wenn nicht sogar eine komplette Schulstandortverlagerung, entsteht normalerweise nicht über Nacht. Zumindest beim Thema Kindergarten gingen wir nach etlichen Millioneninvestitionen binnen der letzten zehn Jahre sowie der regelmäßigen öffentlichen Fortschreibung der Bedarfsplanung nicht von einer dermaßen großen Notwendigkeit aus.

Ein letztes Mal meteorologisch verglichen sind wir haushaltstechnisch wie von einer Dunstglocke des Feinstaubes umzingelt, kein reinigender (Finanz-)Regen in Sicht, langfristige Fahrverbote der kommunalen Selbstverwaltung drohen durch das Rechts- und Kommunalamt als übergeordnete Prüfbehörde.

Künftiges Steueraufkommen?

Die Aussichten der mittelfristen Finanzplanung sind nicht nur wegen diesen weiteren erforderlichen Millioneninvestitionen getrübt. Das statistisch schon viel zu lang andauernde Konjunkturhoch neigt sich vielen Experten zufolge dem endgültigen Ende entgegen. Bleibt es bei diesem großen Steueraufkommen als Haupteinnahmequelle unserer Gemeinde? Wie volatil kann sich die Gewerbesteuer (derzeit 5,5 Mio. €) jährlich ändern, wenn es an die Umsetzung der öffentlich bekannten Großinvestitionen einzelner Betriebe geht, für die bereits Baurecht geschaffen wurde?

Eine Frage, die unsere Fraktion mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung scheinbar auch exklusiv umsorgt, und auf die selbst Finanzexperten auf Landkreisebene auf Nachfrage nicht antworten können:

Wie wirkt sich eigentlich der demografische Wandel auf die Entwicklung der größten kommunalen Steuereinnahme aus, nämlich die auf Weingarten bezogenen aktuell 7,2 Mio. € Einkommenssteueranteile? Die ersten sogenannten „Babyboomer“, auch als „Bauch“ der demografischen Bevölkerungspyramide bezeichnet, stehen kurz vor dem Ruhestand, neben dem Fachkräftemangel dürfte das doch sicherlich auch in dieser Steuerform massive Auswirkungen nach sich ziehen, wenn in Summe deutlich weniger Menschen erwerbstätig sind.

Inwieweit sich das 2018er Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf die Neubewertung der Grundsteuer auswirkt, ist ebenfalls völlig offen. Solche Grundsatzänderungen dienten gelegentlich schon einmal zu einer weiteren Verschiebung der Steuerempfänger.

„Gefälligkeitsdemokratie“

Noch gravierender für die Kommunen dürfte der jüngste Akt in Sachen „Gefälligkeitsdemokratie“ der Baden-Württembergischen Landes-SPD sein. Man möchte ernsthaft das Volk über Gebührenfreiheiten der Kinderbetreuung abstimmen lassen, um so vielleicht den Status oder Sympathien einer Volkspartei retten zu können. Wieso stimmen wir nicht gleich bundesweit über die Senkung der Mehrwertsteuer ab? Natürlich wieder kein Wort davon, wer die von der SPD errechneten 529 Mio. € und vom Städte- und Gemeindetag abweichend sogar mit 730 Mio. € bezifferten kommunalen Gebührenauffälle auch nur ansatzweise gegenfinanzieren sollte. 201 Mio. € Differenz? Scheinbar Peanuts, dabei liegen die Zahlen aller 1011 BaWü-Kommunen doch jährlich präzise vor. Kein Wort davon, wie sich diese Freiheit in Folgewirkung auf kommunale Substanzen auswirkt, Stichwort zusätzlicher Bedarf an unterhaltungspflichtigen Liegenschaften, Personalknappheit, Verwaltung, Qualität der Betreuung, oder das Angebot der Betreuungszeiten. Wie weit öffnet man die Schleusen? Aus unserer Sicht kann das nur bundeseinheitlich gleichermaßen gerecht funktionieren, dann aber auch die Lernmittelfreiheit überall gleichermaßen inbegriffen. Ein Schulterschluss aller Parteien wäre nötig, niemand sollte sich alleine auf Steuer- oder Gebührenschuldnerkosten profilieren.

Außenbecken Freibad

Ein Hauch an Gefälligkeitsdemokratie und Profilieren im Millionenbereich möchte scheinbar auch die Weingartener CDU. Erinnert sich die Union doch zufällig alle 5 Jahre direkt vor der Kommunalwahl an Ihr eigenes Versprechen aus dem Jahre 2004, den Bürgerinnen und Bürgern ein neues Freibad bauen zu wollen. „Man hat es den Bürgern klar versprochen“ ist zwar eine völlig richtige Aussage der damaligen Befürworter (*CDU + FDP, Altbürgermeister Scholz*) der Freibadverlagerung. Es fehlt jedoch vollständiger Weise der zarte Hinweis, das sich damals wohl jemand (oder mehrere...?) gewaltig verrechnet hatten. Sollten doch aus den 2,5 Mio. € Grundstückserlösen des alten Bades die Hallensanierung und die Verlagerung bezahlt werden. Während eine kommunal in Auftrag gegebene Bäderstudie (*lag leider erst 5 Jahre nach dem Grundsatzbeschluss vor*) Baukosten je nach Variante von 4-10 Mio. € prognostizieren (*wohlgemerkt Baukostenindex*

Stand im Jahr 2009), so hatte alleine die Walzbachhalle rund 3,7 Mio. € an Sanierungsgeldern verschlungen. Auf die Vorschläge der fordernden Fraktionen, wie der 5-10 Mio. € schwere Fehlbetrag gegenfinanziert werden kann, geschweige denn die künftigen Betriebskosten erwirtschaftet werden, sind wir jedenfalls ebenso gespannt, wie die Frage der Gegenfinanzierung der Gebührenfreiheit der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Für unsere Fraktion stellt sich jedenfalls diese Frage frühestens nach der dringenden Abarbeitung unserer oben bereits beschriebenen Pflichtaufgaben. Die „Schule im Container“, auch wenn wohlwollende Bezeichnungen wie „klimatisierte Lernpavillons“ gleich viel angenehmer klingen, können nur eine temporäre Lösung sein, und sind eigentlich eines Schulstandortes wie Weingarten unwürdig.

Gesamtverschuldung

Man kann vieles beschwören, vertuschen, oder die Fakten vielleicht nicht so kritisch wie die WBB-Fraktion sehen. Auch wenn dies angesichts einer Gesamtverschuldungsprognose bis 2022 in Höhe von fast 44 Mio. € als schon fahrlässig einzustufen ist.

Es kommt doch meist immer wieder anders, als sogenannte „Experten“ es vorausgesehen haben. Prominentes Beispiel ist das unrühmliche 10-jährige Jubiläum der Wirtschaftskrise 2009, welches mit der Pleite der US-Bank Lehmann Brothers Ende 2008 begonnen hat. Gott sei Dank sind die ganzen Prognosen der Krisenszenarien nicht eingetroffen und es geht uns augenblicklich ziemlich gut, wenn nicht sogar sehr gut. Wir erleben immer noch eine prosperierende Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist nahezu historisch niedrig und der private Konsum steigt ständig. Allerdings werden derzeit die Wirtschaftswachstumsprognosen immer weiter nach unten korrigiert. Der Bund kann 2019 mehr als 356 Mrd. € ausgeben, das Land schwimmt im Geld und legt per Gießkannenprinzip ein Förderprogramm nach dem anderen auf. Und sogar der Landrat senkt im Kommunalwahljahr trotz der schwindelerregenden Aussicht auf dreistellige Millioneninvestitionen in ein neues Landratsamt, die schulischen Kreis-Bildungszentren, oder die Krankenhäuser im

nördlichen Landkreis die kommunale Umlage um 2 Punkte. Das bringt Weingarten 2019 zwar kurzfristig ungeplante 282 Tsd. € in den Verwaltungshaushalt, rechnet man jedoch den Gemeindeanteil der zu erwartenden 150 Mio. € Schulden des Kreishaushaltes, sähe unsere Verschuldung mit weiteren 3,61 Mio. € noch desaströser aus. Denn Kreisschulden sind kommunale Schulden.

Da Schulden für die wenigsten unmittelbar greifbar sind, sind es vielleicht die euphorischen Konjunkturdaten, zumindest die irreführenden Begleitumstände der zu vermeldenden Rekordergebnisse, warum die WBB-Fraktion gemeinsam mit der CDU und FDP manchmal ein Gefühl beschleicht, dass scheinbar nur ein Bruchteil des Gemeinderates sich vertiefend mit dem Haushaltszahlenwerk auseinandersetzt.

Der eventuell bereits vergessene Abschlussprüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt 2015 hat der Gemeinde dennoch eine klare Aufgabenstellung verordnet, die auch vier Jahre später noch nicht ansatzweise umgesetzt wurde:

„Es gilt durch gezielte Einnahmeerhöhungen oder

Ausgabeneinsparungen Verbesserungen herbeizuführen“.

Unsere permanente Unzufriedenheit in der Fraktion, sich die letzten Jahre fast ausschließlich nur mit Millionenprojekten statt parallel, ich betone parallel, mit einer Haushaltskonsolidierung zu beschäftigen, führte letztes Jahr zu unserer seit 2010 erstmaligen Ablehnung des jährlichen Haushaltes.

Auflagen, Ansprüche, Anforderungen...

Äußere Umstände, Konjunktur, aber vor allem unsere in den letzten 15 Jahren massiv gestiegenen gesetzlichen Anforderungen, Auflagen, Ansprüche, Erwartungshaltungen und gesellschaftliche Veränderungen treiben uns in eine enge Finanzspirale. Jüngstes Beispiel sind neben zahlreichen Brandschutzauflagen die „Bauwerkshauptprüfungen“ unserer Brücken. Binnen 30 Minuten musste der AUT über ungeplante 1,5 Mio. € Ausgaben für neun zu sanierende oder zu ersetzende

Brücken entscheiden, weil die Brücken nicht mehr dem baulichen Standard entsprechen. So manche Rad- und Fußwegbrücke hätte sicherlich in den vergangenen Jahrzehnten noch etliche Jahrzehnte ihren Dienst verrichtet.

Diese Entwicklungen sind zwar zu Recht besorgniserregend, aber letztlich betrifft dies alle Kommunen gleichermaßen. Diesen „Systemfehler“ der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen parallel zu überproportional steigenden kommunalen Pflichtaufgaben, Auflagen und damit verbundenen Personalmehrbedarf hatten wir bereits bei der Haushaltsrede 2017 thematisiert, hier sind unsere Vertreter der Parteien gefragt, welche die Auflagen, Gesetze und Bestimmungen beschließen.

Unsere absolute Kernkritik richtet sich jedoch auf Fakten, die wir selbst beeinflussen können und wo wir nach Ansicht der WBB jahrelang unsere Hausaufgaben verweigern:

- **Kein krisenfestes Konzept, wenn unbeeinflussbare, meist konjunkturbedingte Einnahmen plötzlich ausbleiben**
- **der Blick auf ständige weitere steigende Freiwilligkeitsausgaben spricht ganzjährige Haushaltsdisziplin, nicht nur bei den verbalen Volksreden zum Haushalt**
- **Mehrere Absagen von Verwaltungsausschusssitzungen „mangels Themen“**
- **der permanente und adäquate Blick auf angemessene nachhaltige Gebühren und Steuern**
- **deutliche Effizienzsteigerung in der Verwaltung**
- **Hinterfragen von „lieb gewordenen Dingen“**
- **die Schaffung eines Arbeitsklimas, das die nach wie vor starke und permanent verlustbringende Personalfluktuation eindämmt**
- **moderne Arbeitszeitmodelle -und formen, die auf einen innovativen, zeitgemäßen, vorbildlichen und attraktiven Arbeitgeber schließen, und der damit einen Vorsprung beim Kampf um Fachkräfte sich erarbeitet**

Warum stimmt die WBB nun dem diesjährigen Haushalt

mit den Ziffern A-D vollumfänglich zu?

Entschuldigung, dass ich den Spannungsbogen so abrupt beende.

Weil wir ungeachtet unserer Kernkritik konstruktiv der Verwaltung unseren Respekt zollen, die Mammutaufgabe „Sanierung Jöhlinger Straße“ mit den wahnsinnigen und zeitintensiven Begleitumständen endlich angegangen zu haben. Nicht zu vergessen die parallelen Großbaustellen „Kirchplatz“ und „Burgstraße“ unter Berücksichtigung vieler nicht besetzten Stellen und einer weiter steigenden Personalfuktuation.

Wohl gemerkt gilt diese einmalige Zustimmung für diesen Haushalt, nicht für die geplanten Bauzeiten der nächsten Jahre! Denn beim Versäumnis der eigenen Hausaufgaben wollen und werden wir nicht hinwegschauen! Nehmen wir alleine die ersten neun Monate des Jahres 2018, einzig dominiert durch die Bürgermeisterwahl, das Auskosten und Abtauchen nach dem Erfolg: Wir hätten angesichts von Sitzungsabsagen und wenig relevanten Tagesordnungspunkten unsere Gemeinderatsarbeit quasi einstellen können.

Dabei könnten wir bei Ausklammerung unseres kritischen Haushaltsempfindens ein Volk mit den höchsten Zufriedenheitswerten sein. Doch trotzdem, und das eigentlich völlig unverständlich, wird leider von manchen Menschen, in sozialen Medien und neuerdings auch von Splittergruppen die sich Parteien oder Anderswie nennen, ein Bild vermittelt, dass vieles nicht funktioniert und große Defizite vorhanden sind. Entsprechend verunsichert fühlt sich mancher Bürger, sitzt dem einen oder anderen Rattenfänger auf und blickt pessimistisch in die Zukunft – ganz nach dem Motto von Karl Valentin:

„Früher war die Zukunft auch besser“.

Woran liegt das? Vielleicht an den Vorboten diverser Wahlkämpfe? Vielleicht an dem zunehmenden Individualisierungsstreben, das durch alle neuen technischen Errungenschaften noch mehr verstärkt wird?

Sicher aber auch daran, dass wir verlernt haben, dankbar zu sein. Dankbar für das Erreichte, für das, was wir haben, für das was wir gestalten können. So gefällt mir viel besser als das Valentin-Zitat das Wort des englischen Künstlers Francis Bacon

„Es sind nicht die Glücklichen, die dankbar sind.

Es sind die Dankbaren, die glücklich sind.“

Bei allen Herausforderungen und Problemen, mit denen sich der neue Gemeinderat ab Sommer 2019 bis ins Jahr 2024 auseinandersetzen muss, sollten sich jeder immer wieder bewusstwerden, auf welch hohem Niveau wir leben, über welche tatsächlichen Probleme wir schimpfen, welche umfassenden Projekte wir in den letzten Jahren für Weingarten und den Landkreis gemeistert haben. Die allesamt aufzuzählen würde diese Rede sprengen. Wir haben jedenfalls das Glück, auf einer der reichsten und friedlichsten Ecken der Erde zu leben. Damit Weingarten keine Nuancen seiner Attraktivität einbüßt hat die WBB-Fraktion folgende Gedanken zu Einzelthemen, bzw. der kommenden Legislaturperiode, die natürlich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur ein kleiner Streifzug der Kommunalpolitik sein können:

Öffentlicher Raum:

Durch die Nachverdichtung und Ausschöpfung des Baurechts werden immer mehr Menschen auf der selben Fläche zusammenleben. Die Konflikte und die Ellenbogenmentalität nehmen zu, dabei brauchen wir klare, überwachbare Regeln der gegenseitigen Rücksichtnahme. Der Gemeinderat braucht endlich den Mut, sich klar für schwächere Verkehrsteilnehmer zu bekennen. Mit dem Mobilitätskonzept haben wir große Hoffnung, dass weitere Fortschritte erzielt werden.

Das „Umparken“ beginnt im Kopf!

Kein Mobilitätskonzept ersetzt einen klaren politischen Willen. Wir müssen in die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend einsteigen, während wir das Ziel barrierefreier, ausreichend breiter Bürgersteige mit den jüngsten Straßenprojekten endlich erreicht, bzw. in den Köpfen verankert sehen.

Während landesweit der Radverkehr und dessen Infrastruktur eine regelrechte Renaissance erhält, darbt das Bemühen um ein „Fahrradfreundliches Weingarten“. Seit 5 Jahren grübelt die Verwaltung über den WBB-Antrag, der lediglich den Wunsch enthält, vernünftige Fahrradstellplätze an hochfrequentierten Stellen im Ort zu schaffen. Dafür braucht man wahrlich keine Ingenieursleistungen in Form des Mobilitätskonzeptes. Das Beispiel der Ettlinger Altstadt zeigt, wie Räder geordnet und unauffällig sicher verwahrt werden können. Ein großes Ziel der nächsten Jahre bleibt der Radwegausbau nach Karlsruhe. Weder der miserable Wirtschaftsweg in den „Auwiesen“ noch der grob geschotterte Weg entlang der Bahn entsprechen einer ganzjährig nutzbaren, vernünftigen Radinfrastruktur.

Die WBB beantragt daher den Radverkehrsmanager des Landkreises in den Gemeinderat einzuladen, der Optionen, Wegeverbindungen und Fördermöglichkeiten aufzeigen soll.

Mietwohnungen/Sozialer Wohnraum – neue Hausformen

Zu diesem Thema haben wir einen ausführlichen Antrag eingereicht, der bereits seit einem Jahr, ebenfalls unbearbeitet, bei der Verwaltung liegt und inhaltlich unserer Homepage entnommen werden kann. Aus unserer Sicht fehlen nach Jahrzehnten des überwiegenden Eigenheimbaus Mietwohnungen in Weingarten. Bei größeren Investorenprojekten, bei denen meist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erforderlich ist, soll künftig eine zu definierende Sozialquote für bezahlbaren Wohnraum auferlegt werden, die im Gegenzug durch Landesfördermittel kompensiert wird. Damit erreichen wir, dass dringend benötigte Fachkräfte auch nahe Ihrer Arbeit wohnen und leben können. Die Chancen von Inklusion und sozialer Durchmischung sehen wir als absolutes Plus an.

Unser langjähriges Ziel ist auch dahingehend erreicht, dass zum Schutz unserer Gemarkung und die an die Kapazitätsgrenze kommende Infrastruktur eine große Gemeinderatsmehrheit sich mittlerweile gegen großflächige Ausweisungen neuer Baugebiete ausspricht. Daher müssen ein Dutzend Bebauungspläne, meist für die Innenverdichtung, aber auch um klare, gleichberechtigte Regeln zu schaffen,

überarbeitet werden. Das Tempo muss forciert werden, etliche junge Familien warten. Die WBB hatte bereits geäußert, dass sie in Teilbereichen unserer Gemarkung offen gegenüber neuen, „ökologisch und ökonomisch sinnvollen Hausformen“ ist.

Kommunales Glasfasernetz:

Hier halten wir es für erforderlich, dass ein örtlich organisierter „Vertrieb“, zumindest geschulte Mitarbeiter des Bürgerbüros, unsere Bürger zu diesem komplexen Thema frühzeitig umfassend berät. Das hatten wir bereits beim Grundsatzbeschluss in unserer Stellungnahme vorgeschlagen. Wir brauchen zur Refinanzierung und Wertsteigerung unseres wachsenden kommunalen Glasfasernetzes eine hohe Anschlussdichte, nachdem der private Markt versagt hat, bzw. sich in Sachen Infrastruktur „nur die Rosinen“ herauspickt.

Biotopvernetzung & Hochwasserschutz:

Unsere Landschaft macht unsere Gemarkung einzigartig. Auch hier liegt ein konkreter und erst teil-bearbeiteter WBB-Antrag zur Biotopvernetzung der Verwaltung vor. Für solche Projekte bestehen Fördermöglichkeiten des Landes und sollten daher nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dringend ist auch das Thema Hochwasserschutz. Vor über 3 Jahren wurden die Gemeinderäte Walzbachtal und Weingarten in einer gemeinsamen Sitzung aufgeklärt, welche Maßnahmen nach dem großen Hochwasser im Jahre 2013 (...!) zu treffen sind. Oftmals sind es nur kleine, wenig kostenintensive Stellschrauben, um eine deutliche Entlastung des Kanalnetzes zu erreichen. Es ist völlig unverständlich, warum sechs Jahre nach den Starkregenereignissen bis dato nichts umgesetzt wurde. Hier herrscht dringender Bedarf, bevor statistisch gesehen in spätestens vier Jahren das nächste große Hochwasser kommt.

Gewerbegebiet Sandfeld:

Was soll man hierzu noch sagen? Im Jahre 2010 erfolgte der Grundsatzbeschluss, seit über 8 Jahren arbeitet die Verwaltung an der Umsetzung, obwohl laut dem

Bürgermeister seit Jahren ein vermeintlicher „6er im Lotto“ (lukrative Gewerbesteuer) auf seine Ansiedlung wartet. Wir wundern uns in der Phase der Hochkonjunktur und niedriger Zinsen doch sehr über so viel Geduld. Oder sind die Pläne zwischenzeitlich ad acta?

Es wäre wünschenswert, und das gilt eigentlich für alle Projekte, diese mal zielgerichtet, konzentriert und vor allem am Stück abzuarbeiten. Das ist auch Effizienz dem Gremium gegenüber, das sich sonst jedes Mal wieder neu mit der Materie beschäftigen muss.

Zwei grundsätzliche Dinge möchten wir noch zum Schluss ansprechen, aus denen auch formelle Antrag erfolgen:

Überproportionale Grundsteuererhöhung:

Der Grundsatz:

„Gebühren vor Steuern“

steht nicht nur in der Gemeinde-Haushaltsverordnung des Innenministeriums, sondern entspricht absolut **unserem politischen Grundverständnis**. Wir fordern seit langem, sämtliche Gebühren dauerhaft und nachhaltig zu überprüfen und ggfls. Anpassungen vorzunehmen. Pauschale Steuererhöhungen wie die geplante 100 Punkte umfassende Grundsteuererhöhung in den nächsten drei Jahren lehnen wir kategorisch ab, zumal unsere Bürger schon mit einer 25%igen Erhöhung des Wasserpreises konfrontiert werden. **Zunächst müssen wir unsere Hausaufgaben nach dem Steuergrundsatz erledigen.** Ein Beispiel für diesen legitimen Grundsatz: Wir möchten keine betagten Senioren, vielleicht lediglich mit Rollator statt eines Fahrzeugs ausgestattet, über eine weitere Erhöhung der Grundsteuer zur Kasse bitten, um die Millioneninvestitionen in die Schaffung von öffentlichem Parkraum finanzieren zu können. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wo wir eher die konkreten Nutzer (z.B. Autobesitzer) statt die Allgemeinheit in der Bringschuld sehen. Denn die Grundsteuererhöhung betrifft spätestens über die Nebenkostenabrechnung jede Bürgerin und jeden Bürger.

Ortsrechtssatzungen

Viele Gemeinderatsgenerationen haben in den letzten 5 Jahrzehnten Regelwerke und Satzungen erlassen, die unser Zusammenleben ordnen und strukturieren sollen. Wir haben häufig das Gefühl, dass selbst der Verwaltung nur ein Bruchteil davon bekannt ist, oder sie werden ignoriert, zu viele Ausnahmen gemacht, oder noch schlimmer bewusst fehlinterpretiert. Als Beispiel seien hier Entscheidungen der Vereinsförderungsrichtlinien genannt, die man ebenfalls unter die Kategorie „Gefälligkeitsdemokratie“ (im Vorbürgermeisterwahlkampf...) einordnen kann. Wir möchten zum Schutz des Vereins nicht näher darauf eingehen. Wir beantragen für den Verwaltungsausschuss analog der Vorgehensweise des Ausschusses für Umwelt- und Technik in Sachen Priorisierung der Bebauungspläne, dass sich das Gremium intensiv mit der vorhandenen Ortsrechtssatzung auseinandersetzt, eine Prioritätenliste der Satzungsüberarbeitungen erstellt, und überlegt, welche Satzung aufgehoben, ergänzt oder überarbeitet werden muss.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken.

Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für unser Wohlbefinden im schönen Weingarten!

Timo Martin, Fraktionsvorsitzender WBB-Fraktion